



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und  
**Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Bayerische Interessen bei der Agrarministerkonferenz am 4. November 2013 vertreten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei der am 4. November 2013 in München stattfindenden Agrarministerkonferenz zum Thema „Neugestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik“ besonders für folgende Punkte einzusetzen:

- eine volle Kompensation der fehlenden Mittel in der zweiten Säule aus Bundesmitteln,
- keine Umschichtung von Finanzmitteln aus der ersten in die zweite Säule,
- eine besondere Förderung der ersten Hektare eines landwirtschaftlichen Betriebs,
- die Einführung einer Raufutterfresserprämie in benachteiligten Gebieten,
- eine praxisnahe und handhabbare Ausgestaltung der Greening-Maßnahmen,
- die Einführung von flexibel einsetzbaren Marktordnungselementen in Krisenzeiten, um auf Marktverwerfungen schnell reagieren zu können.

### **Begründung:**

Die Verhandlungsführer von EU-Ministerrat, Europäischem Parlament und EU-Kommission haben sich am 24. September 2013 auf einen Kompromiss der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) verständigt. Nun liegt es am Bund und an den Ländern sich auf eine nationale Umsetzung dieser Reformen zu einigen. Hauptziel muss es dabei sein, die familiengeführten landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern langfristig zu erhalten und zu sichern. Dies kann u.a. nur mit einer starken ersten Säule und der Einführung eines Sockelbetrags für die ersten Hektare eines Betriebs gelingen. Um die erfolgreich eingeführten Maßnahmen im Kulturlandschafts- und Vertragsnaturschutzprogramm weiterhin durchführen zu können, muss eine volle Kompensation der fehlenden Mittel in der zweiten Säule aus Bundesmitteln erfolgen.